



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderat am 26.05.2020

In der letzten Sitzung des Gemeinderats standen einige Berichte auf der Tagesordnung. Für das Baugebiet Bäumlesweg wurden die grundlegenden Planungsaufträge vergeben, um die Grundlagendaten für die vom Gemeinderat festzulegenden Eckdaten des Gebiets und die Umlegungsgespräche zu ermitteln.

Zu Beginn der Sitzung gab der Bürgermeister einige Eilentscheidungen bekannt, die er im Zuge der Corona-Pandemie getroffen hat. Im Wesentlichen ging es um die Beschaffung von Schutzmasken und Desinfektionsmitteln. Insgesamt hat die Gemeinde hier etwa 47.000 € ausgegeben. Ein Grund für diesen hohen Betrag ist, dass zu Beginn der Pandemie die Beschaffungspreise für Schutzausrüstungen stark erhöht waren. In diesem Betrag sind außerdem enthalten sogenannte Spuckschutzscheiben für die Büros in der Gemeindeverwaltung und Teppiche für die Aufenthaltsbereiche, die auf die Einhaltung des Mindestabstand hinweisen.

Bericht zur aktuellen Situation im Haus Martinus

Anschließend berichtete Frau Ulu Özlem, die Einrichtungsleitung im Pflegeheim Haus Martinus, über die Entwicklung seit Beginn der Pandemie. Sie informierte den Gemeinderat darüber, dass seit Mitte März kein Zutritt mehr ins Haus zugelassen wurde. Der bestehende Pandemieplan wurde umgesetzt. In dieser Zeit gab es auch keine Neuaufnahmen im Pflegeheim. Inzwischen sind Neuaufnahmen wieder möglich. Ebenfalls können seit drei Wochen nun wieder Therapeuten ins Haus kommen. Das Pflegeheim überprüft jede Person, die in das Haus Martinus kommen, ob gesundheitliche Auffälligkeiten vorliegen.

Wichtig sei, dass nun auch wieder Besuche möglich sind, wenn auch in einem separaten Raum. Das Team des Pflegeheims hat von Anfang an gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern soviel als möglich Informationen über den Anlass und die Ursachen der Einschränkungen gegeben. Um die sozialen Kontakte wenigstens minimal zu ermöglichen wurden Kontaktaufnahmen über Skype ermöglicht.

Erfreulicherweise gab es im Haus Martinus keine Infektion mit dem Corona-Virus.

Sehr erfreut äußerte sich die Einrichtungsleitung über die vielen unterstützenden Angebote aus der Gemeinde. Seien es Konzerte vor dem Pflegeheim oder Gottesdienste, von vielen Seiten wurde der Einrichtung Hilfe und Unterstützung angeboten.

Zur generellen Situation berichtete Frau Ulu, dass in diesem Jahr bis jetzt ein geringer Wechsel stattfand. Drei Bewohnerinnen und Bewohner sind verstorben. Auf der Warteliste für das Haus Martinus stehen nunmehr 27 Personen.

Der Bürgermeister richtete seinen großen Dank an das gesamte Team des Pflegeheims für die gute Organisation und deren Umsetzung in der bisherigen kritischen Zeit. Es habe sich bewährt, dass die Stiftung Liebenau schon sehr früh auf die sich abzeichnenden Maßnahmen reagiert hat. Auch dies sei mitentscheidend gewesen, dass es im Pflegeheim keine Infektion mit dem Corona-Virus gab.

Anschließend berichtete Herr Feitscher, der Leiter des Hauptamts, über die Entwicklung in den Flüchtlingsunterkünften der Gemeinde und in der Seniorenwohnanlage Seegärten. In der Seniorenwohnanlage wurden ebenfalls früh im März alle Veranstaltungen abgesagt, um gefährdende Kontakte zu reduzieren. Auch hier gab es viele Hilfsangebote wie zum Beispiel zum Einkaufen. Manche Bewohner/-innen sahen das jedoch als Verlust der Selbstständigkeit und drangen darauf, weiter selbständig einkaufen zu gehen. Ein Besuchsverbot war in der Seniorenwohnanlage nicht notwendig, weil ab Anfang März die Besuche in der Einrichtung ohnehin sehr stark und ohne ein Eingreifen der Hausverwaltung zurückgegangen sind. Anders als in den Pflegeheimen im Landkreis wurde kein durchgehender Test auf die Infektion mit dem Corona-Virus durchgeführt. Auch in der Seniorenwohnanlage gab es erfreulicherweise keine Ansteckung.

In den Flüchtlingsunterkünften der Gemeinde kam es ebenfalls nicht zu einer Infektion. Hier besteht derzeit noch ein Besuchsverbot. Sprechstunden der sozialen Betreuung sind wieder möglich. Die Büros der beiden Integrationsmanagerinnen wurden ebenfalls mit Schutzausrüstungen ausgestattet.

Jahresbericht 2019 der Ortsbücherei.

Die Leiterin der Bücherei, Frau Tina Braun, berichtete im Gremium über die Entwicklung in der Ortsbücherei im vergangenen Jahr. Sie konnte in so gut wie allen Bereichen auf steigende Nutzer- und Ausleihzahlen verweisen. Neue Konzepte wie eine Experimentierwerkstatt, die mit Unterstützung der Genoba Weil im Schönbuch eingerichtet wurden, brachten gute Erfolge. Bei einem Medienbestand von ca. 15.500 Medien gab es im letzten Jahr über 75.500 Ausleihen. Das waren ca. 9.000 Ausleihen mehr als 2018. Sehr erfreulich war, dass die Ausleihen im Bereich der Kinder- und Jugendbücher um 70 % angestiegen sind. Die Neuanmeldungen in der Bücherei stiegen überproportional im Vergleich zu den vergangenen Jahren, was am starken Zuzug junger Familien liegt.

Inzwischen ist die Ortsbücherei verstärkt in den sozialen Medien wie Facebook und Instagram unterwegs und nutzte dies auch intensiv, um während der Schließungszeit der letzten Wochen in Kontakt mit der Leserschaft zu bleiben.

Ebenfalls ein Ergebnis der Einschränkungen in den letzten Wochen war, dass die über die Onleihe ausgeliehene Medien in den Monaten März und April 2020 um mehr als 70 % angestiegen sind.

Bürgermeister Wolfgang Lahl zeigte sich sehr erfreut über die guten Zahlen und über die gute Entwicklung der Ortsbücherei. Was die Bücherei anbieten würde ging deutlich über ein Basisangebot hinaus. Er dankte dem gesamten Team für die engagierte Umsetzung und Betreuung der Ortsbücherei.

Vorabvorgabe von Planungen im Neubaugebiet Bäumlesweg

Der Bürgermeister betonte eingangs, dass die Basis aller vorgeschlagenen Untersuchungen der bereits beschlossene städtebauliche Entwurf ist. Um in den Gesprächen mit den Umlegungsbeteiligten fundierte Aussagen machen zu können ist es zwischenzeitlich notwendig, bereits in diesem frühen Stadium Angaben zu den voraussichtlichen Erschließungskosten machen zu können. Diese Angaben würden außerdem benötigt, damit die Gemeinde selber bereits in diesem frühen Stadium weiß, wie sich eine Umlegung finanziell auswirken wird. Aus diesem Grund sollen die Leistungsphasen 1 und 2, in der die Grundlagen für die Erschließung des Baugebiets und damit auch dann die wahrscheinlichen Kosten ermittelt werden, bereits jetzt beauftragt werden.

Für die Vorplanung von Straßen, Kanälen und Wasserleitungen entstehen Kosten von etwa 170.000 €. Die Vorplanung der Wege in der sogenannten „Grünen Mitte „ und der Freianlagen wird etwa 80.000 € kosten.

Im Herbst sei geplant, dass der Gemeinderat auf der Grundlage dieser Daten die Eckpunkte für dieses Baugebiet und die Grundlagen für die Eigentümergespräche festlegt.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl sprach an, dass der in den Vertragsentwürfen vorgesehene Zeithorizont ein Risiko für die Gemeinde bedeutet. Die Anpassungsklauseln für eine längere Dauer der Umsetzung seien riskant für die Gemeinde, weil die enthaltenen Realisierungszeiträume wahrscheinlich nicht umsetzbar sind. Generell wäre es ihm lieber, wenn die Vereinbarungen für diese Planungen als Pauschale auf der Basis der HOAI abgeschlossen würden.

Der Bürgermeister dankte für die Anregungen und wies darauf hin, dass die Kosten aus dieser Beauftragung in jedem Fall später von den Grundstückseigentümern im Gebiet zu tragen sein werden. Da die momentan vorgelegten Vertragsentwurf den ausgehandelten Fassungen entsprechen können Änderungen nicht einseitig umgesetzt werden. Er regte an, die für Änderungsvorschläge aus dem Gemeinderat als Gesprächsauftrag an die Verwaltung weiterzugeben. Im Übrigen sei noch anzumerken, dass beide vorgesehenen Büros, das Büro Mayer Ingenieure GmbH aus Böblingen und das Büro faktorgrün aus Rottweil, bereits in Vorleistungen gegangen sind.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl brachte vor, dass in diesem Umlegungsgebiet die Kommunalentwicklung der Hauptansprechpartner für die Planungsbüros sein wird. Aus diesem Grund wäre es möglich, die Planungsaufträge über die KE für die vorgesehenen Grundlagenplanungen pauschal zu vereinbaren. Die momentan enthaltenen zwei Jahre als Umsetzungszeitraum seien zu wenig.

Der Ortsbaumeister, Tobias Ehmann sah dies in diesem Fall als nicht umsetzbar an. Er brachte vor, dass den voraussichtlichen Honoraren die Mindestsätze der HOAI zu Grunde liegen. Da das gesamte Baugebiet in mindestens zwei Bauabschnitten realisiert werden soll sei es nachvollziehbar, dass die Planungsbüros die Möglichkeit der zeitlich versetzten Umsetzung in ihre Vertragswerke einbeziehen. Zudem lägen schriftliche Zusagen beider Büros vor, dass deren Angebote unverändert bleiben wenn eine Verzögerung bis zu einem Jahr eintritt.

Gemeinderat Hiller wies darauf hin, dass in den Verträgen für die Ingenieursbauwerke und für die Grünanlagenplanung teilweise abweichende Zeitangaben enthalten sind. Die Verwaltung sagte zu, dies zu korrigieren.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, die Grundlagenplanungen für das Neubaugebiet Bäumlesweg an das Büro Mayer Ingenieure GmbH aus Böblingen und an das Büro Faktor grün aus Rottweil zu vergeben.

Bekanntgaben der Verwaltung

Haushaltsplan 2020: Der Bürgermeister gab bekannt, dass der Haushaltsplan 2020 genehmigt wurde. Manche der darin enthaltenen Daten seien in der Zwischenzeit nicht mehr realistisch. Dennoch sei es wichtig, dass die Kassenkreditermächtigung genehmigt wurde. In welchem Umfang ein Nachtragshaushaltsplan notwendig wird könne derzeit noch nicht abschließend gesagt werden. Die jüngste Steuerschätzung wurde noch nicht auf die Gemeinden heruntergebrochen. Nach aktuellem Stand ist jedoch die Gewerbesteuer stark eingebrochen und hat momentan ein Soll von etwa 2,1 Millionen €

Wertstoffhöfe: die Verwaltung ging auf das Landratsamt zu, um eine Erweiterung der Öffnungszeiten zu erreichen. Dies sei jedoch nicht einfach umsetzbar, denn viele der dort Beschäftigten sind als geringfügig Beschäftigte angestellt. In einem solchen Beschäftigungsverhältnis können nicht einfach Überstunden angeordnet werden, weil dies zu Überschreitung der zulässigen Einkommensgrenze führt. Außerdem gehören viele der Beschäftigten in den Wertstoffhöfen einer Risikogruppe der Corona-Pandemie an.

Unterbringung des AK Weiler Flüchtlingshilfe: der Arbeitskreis Weiler Flüchtlingshilfe hat der Gemeinde für die Verlängerung der Anmietung der momentan genutzten Halle am Ende der Straße „In der Röte“ gedankt. Der Bürgermeister gab den Dank zurück an den Arbeitskreis für dessen hervorragende Arbeit in der ehrenamtlichen Betreuung der Flüchtlinge in der Gemeinde.

Kinderbetreuung in der Corona-Pandemie. Der Bürgermeister berichtete, dass seit Beginn der Einschränkungen eine deutliche Bewegung von einer Notbetreuung hin zu einen eingeschränkten Regelbetrieb stattgefunden hat. Es waren jeweils sehr große Anstrengungen notwendig, mit den sich immer unterscheidenden Vorgaben und der Notwendigkeit nachvollziehbarer Vergabekriterien die Betreuung in den Einrichtungen zu organisieren. Dafür sei sehr großer Dank an Frau Böhringer, Frau Munkel und Herrn Twardon zu richten.

Sehr positiv sei außerdem, dass die Leitungen der Einrichtungen sehr engagiert mitgewirkt haben und innerhalb von wenigen Tagen die Betreuungskonzepte nach den jeweiligen Regeln umgesetzt haben.

Nach aktuellem Stand, also zu Beginn der KW 22, können maximal 50 % der vorhandenen Plätze belegt werden. Die Anforderungen an die Hygienekonzeption sind sehr hoch und die strikt einzuhaltenden Vorgaben widersprechen den Konzepten der Kinderbetreuung in den gemeindlichen Einrichtungen. Als Beispiel nannte der Bürgermeister die Bindung einer Gruppe an einen einzigen Raum und an eine einzige Person, die die Kinder betreut. Übergänge zwischen den Gruppen sind nicht möglich. Problematisch sei, dass die Einrichtungen zwar eine ausreichende prozentuale Personalkapazität haben, aber wegen des hohen Anteils an Vollzeitkräften nicht genügend Personen, um hier möglichst viel Angebote machen zu können. In der Entscheidung, wie die Betreuung organisiert wird habe sich die Verwaltung dafür entschieden, für möglichst viele Kinder eine Betreuung in geringeren Umfängen zu ermöglichen. Die andere Alternative, eine möglichst hohe Betreuung für wenige Kinder anzubieten, musste aus Verwaltungssicht zurücktreten.

Bei den Vergaben der nur Betreuungsplätze orientierte sich die Gemeinde an den Empfehlungen des Gemeindetags.

Der Bürgermeister berichtete, dass der Verwaltung des Öfteren vorgeworfen wurde, die Eltern nicht einzubeziehen. Er erläuterte, dass dies hier aus zeitlichen Gründen einfach nicht möglich gewesen ist. Als Beispiel nannte er die Zeitplanung für die erweiterte Notbetreuung, zu der die Vorgaben des Kultusministeriums am Samstagvormittag, den 16. Mai eingingen und am darauffolgenden Montag, 18. Mai bereits umgesetzt werden sollten. Letztendlich konnte die Verwaltung dies dann am Dienstag, 19. Mai verwirklichen. Bei solch engen Zeithorizonten sei eine Elternmitteilung einfach nicht möglich.

Zum Abschluss ging der Bürgermeister auf die nächste Zukunft ein und sprach die an diesem Tag herausgegebene Pressemitteilung aus dem Kultusministerium und des Ministerpräsidenten an. Danach sollen im Lauf des Juni bzw. bis Ende Juni wieder die Betreuung wie vor der Corona-Pandemie angeboten werden. Auch wenn es immer noch notwendig sein wird, auf Besonderheiten aufgrund dieser geänderten Umstände zu achten, würden sich jedoch alle Beteiligten in der Gemeindeverwaltung auf die Rückkehr zu den normalen Betreuungsmöglichkeiten freuen.

Anfragen aus dem Gremium wurden bei dieser Sitzung nicht gestellt. Im Anschluss fand noch eine nicht-öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt.